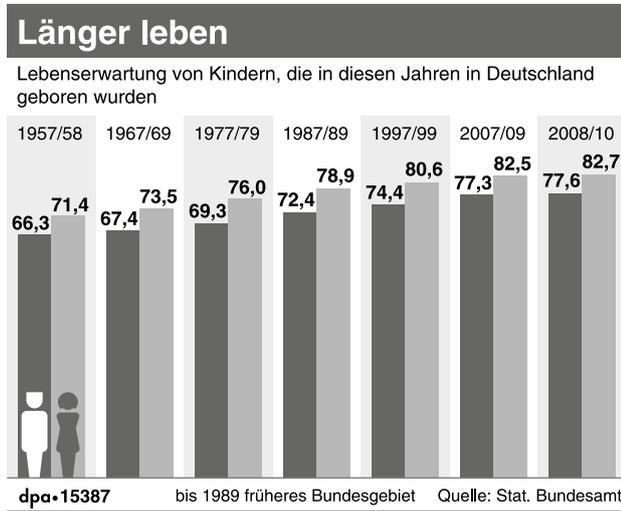


Thema: Probleme und Ansätze für eine Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme

Zeit: 3 Unterrichtsstunden

M1 Lebenserwartung von Kindern in Deutschland

Statistische Übersicht der Jahre 1957–2010



M2 Stabilisierung der Pflege- und Krankenversicherung

Junge Abgeordnete wollen Kinderlose zur Kasse bitten:

CDU und CSU streiten über den Vorschlag des sächsischen Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz, Kinderlose künftig mit einer Sonderabgabe stärker zu belasten. Wanderwitz und weitere junge Abgeordnete wollen, dass Kinderlose künftig einen zusätzlichen Beitrag für die Stabilisierung der Pflege- und Krankenversicherung aufbringen sollen. Kinderlose ab 25 Jahren wollen sie mit 1 % ihres Einkommens zur Kasse zu bitten. Die Abgabe soll nach der Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Kinderlose sollen voll zahlen, Eltern mit einem Kind die Hälfte, Eltern mit mehreren Kindern nichts.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) erteilte den Vorschlägen eine klare Absage. In der Zeitung „Die Welt“ warnte sie davor, die Sozialversicherungssysteme auf diese Weise zu stabilisieren: „Ich finde es vernünftiger, Kinderwünsche zu befördern statt Kinderlosigkeit zu bestrafen.“

Die bayerische Familienministerin Christine Haderthauer (CSU) sprach sich hingegen für eine Besserstellung von Menschen mit Kindern aus. Derzeit gebe es in den Sozialversicherungssystemen eine Gerechtigkeitslücke zwischen Menschen mit und ohne Kindern, sagte Haderthauer der „Welt“. Wer Zukunft baue und Kinder habe, dürfe nicht mit denselben Beiträgen belastet werden wie jemand, der das egal aus welchen Gründen nicht mache. „Wir müssen wieder in eine Gesellschaft hineinwachsen, in der es nicht völlig egal ist, wie man lebt“, betonte die Ministerin.

Die familienpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Katja Dörner, kritisierte die Vorschläge und griff zugleich Bayerns Familienministerin scharf an. „Christine Haderthauers pauschaler Vorwurf an Kinderlose, sie würden keine Verantwortung übernehmen und nicht an der Zukunft bauen, ist unverschämt und reaktionär“, erklärte Dörner. „Wenn es der bayrischen Familienministerin wirklich um die Förderung von Familien ginge, würde sie sich

35 unserer Forderung anschließen, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Damit könnten erhebliche Steuererleichterungen, die rein an den Trauschein geknüpft sind, beendet und Milliardenbeträge tatsächlich für die Unterstützung des Lebens mit Kindern investiert werden“, fügte Dörner hinzu.

40 Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn, lobte das Konzept der jungen Unionsabgeordneten. Das Thema finanzielle Vorsorge für die Alterung in den sozialen Sicherungssystemen müsse mit konkreten Aussagen Eingang in die Demografie-Strategie der Bundesregierung finden. „Ich wäre als Kinderloser gerne bereit, einen höheren Beitrag zur Entlastung von Familien zu zahlen. So machen wir es ja bei der Pflege heute schon“, erklärte Spahn. Die Idee, Kinderlose stärker zu belasten, ist nicht neu. Schon seit Januar 2005 müssen sie einen Beitragsaufschlag zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 % zahlen, wenn sie das 23. Lebensjahr vollendet haben. Den Beitragszuschlag tragen die Versicherten allein. Zudem unterstützen Kinderlose schon heute indirekt Familien mit Kindern, die in den Genuss der kostenlosen Mitversicherung in der gesetzlichen 45 Krankenversicherung kommen.

Zit. nach: Streit in der Union. Junge Abgeordnete wollen Kinderlose zur Kasse bitten. Unter: www.tagesschau.de/inland/kinderlosensondersteuer102.html (Stand 14.09.2012) © tagesschau.de.

M3 Geburtenrate

Karikatur von Erl, 2007



Aufgaben

1. Beschreiben Sie das Sozialversicherungssystem in Deutschland und seine Ursprünge. Gehen Sie dabei auch auf die aktuellen Probleme ein und erläutern sie deren Ursachen (unter Zuhilfenahme von M1).
2. Arbeiten Sie aus M2 den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Wanderwitz und die Reaktionen der anderen Politiker heraus.
3. Interpretieren Sie die Karikatur (M3) und diskutieren Sie im Anschluss den Vorschlag des jungen CDU-Abgeordneten und überlegen Sie sich alternative Möglichkeiten zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme. Haben diese Systeme überhaupt noch eine Zukunft?